



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

**Wirtschaft und Politik USA:
Vierteljährliche Kerndaten und -fakten**

Aktuelle wirtschaftliche und politische Situation
in den USA

Ausgabe 2/2014

Wirtschaft und Politik USA: Vierteljährliche Kerndaten und -fakten

Aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in den USA

Obwohl sich die US-Wirtschaft insgesamt weiterhin erholt, begann das Jahr mit negativen Wachstumszahlen. BIP-Zahlen für das letzte Quartal 2013 mussten nach unten korrigiert werden. Allerdings haben sich andere Indikatoren wie die Arbeitslosigkeit und die Leistungsbilanz in den letzten Monaten positiv entwickelt. In der Haushaltspolitik kehrte mehr Ruhe ein, wenngleich noch einige Fragen zum Haushaltsjahr 2015 geklärt werden müssen. Vor den Kongresswahlen im November kann nicht mehr mit größeren Gesetzesinitiativen gerechnet werden.

Datum
10. Juni 2014

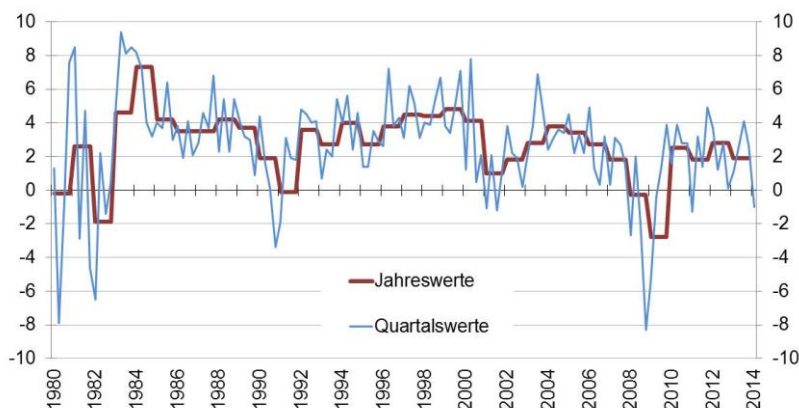
Seite
1 von 6

Wirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum: Im ersten Quartal 2014 schrumpfte die US-Wirtschaft um 1,0 Prozent (laut der zweiten Schätzung des U.S. Bureau of Economic Analysis, BEA). Positiv zum BIP konnten lediglich private Konsumausgaben beitragen, während private Lagerinvestitionen, Anlageinvestitionen und Staatsausgaben zurückgingen. Außerdem sanken die Exporte und die Importe stiegen, was ebenfalls zum Negativwachstum beitrug. Zwei Faktoren dämpften das Wachstum: die Kältewelle im Winter sowie die zurückgefahrenen Anleihekäufe durch die Federal Reserve Bank.

Das BIP-Wachstum für Q4/2013 wurde nach unten korrigiert, und zwar von 3,2 Prozent auf 2,6 Prozent. Das Wachstum für das Gesamtjahr 2013 wird auf 1,9 Prozent geschätzt. Für 2014 erwartet der IWF derzeit ein Gesamtwachstum von 2,8 Prozent (Stand: April 2014).

Reales Wachstum des BIP in Prozent in Preisen von 2009, 1980 bis 2014

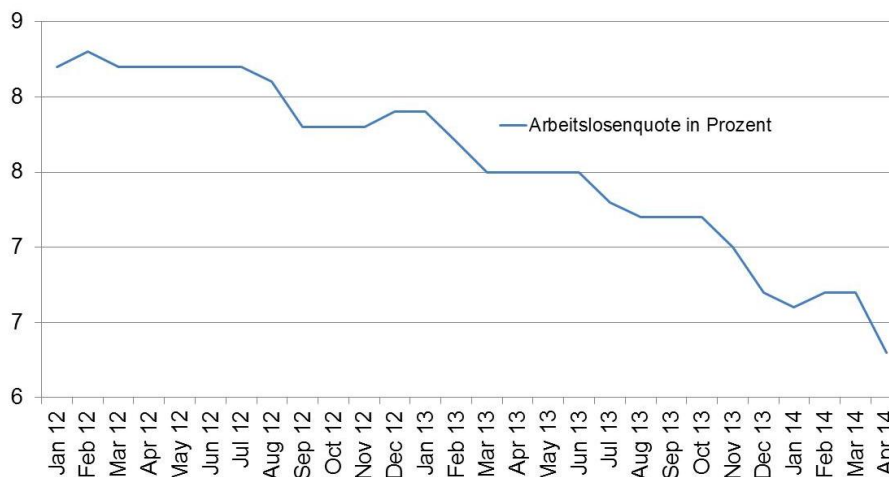


Sparquote: Die private Ersparnis als Teil des verfügbaren Einkommens sank leicht von 4,3 Prozent (Q4/2013) auf 4,1 Prozent (Q1/2014). Somit liegt die Sparquote derzeit deutlich unter den Jahresdurchschnitten der letzten Jahre von 5,6 Prozent (2012) und 4,5 Prozent (2013). Dies deutet darauf hin, dass sich die Erwartungen der Bevölkerung an die wirtschaftliche Entwicklung verbessert haben. Mögliche Skepsis aufgrund der schlechten Wachstumswahlen des ersten Quartals ist somit noch nicht abgebildet. Es bleibt abzuwarten, ob die Sparquote in der Folge steigt.

Investitionsquote: Die Investitionstätigkeit der US-Unternehmen war über die letzten Monate sehr konstant. Nachdem die Investitionsquote (private Investitionen als Anteil am BIP) sowohl im dritten als auch im vierten Quartal 2013 16,2 Prozent betrug, sank sie zuletzt (Q1/2014) leicht auf 16,0 Prozent.

Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 6,3 Prozent (April 2014), verglichen mit 7,5 Prozent im April 2013. Zwischen März und April sank die Arbeitslosigkeit um 0,4 Prozent. Somit ist sie momentan auf dem niedrigsten Stand seit Herbst 2008. Der Beschäftigungszuwachs verteilte sich auf unterschiedliche Sektoren; insbesondere wuchs die Zahl der Angestellten im Bereich professionelle und Unternehmensdienstleistungen, im Einzelhandel, in der Gastronomie und in der Bauwirtschaft, wie das U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS) mitteilte.

Arbeitslosenquote, Januar 2012 - April 2014



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics, *Labor Force Statistics from the Current Population Survey*, <<http://data.bls.gov/timeseries/LNS14000000>>.

Immobilienmarkt: Nach Informationen des U.S. Department of Housing and Urban Development setzte der Immobilienmarkt seine Erholung im vierten Quartal 2013 weiter fort. Die Zahl der neuen Baugenehmigungen stieg zwischen Q3 und Q4/2013 um 6,8 Prozent. Die Zahl der Baustarts (Anzahl der privaten Wohneinheiten, an denen Bauarbeiten begonnen haben) stieg sogar um 15,1 Prozent gegenüber Q3/2013 und um 13,4 Prozent gegenüber Q4/2012. Die Anzahl der im Bau befindlichen Häuser stieg ebenfalls, und zwar von 661.000 (Q3/2013) auf 706.000 (Q4/2013); dies entspricht einem Anstieg von 6,8 Prozent. Gegenüber

Q4/2012 wuchs die Zahl der im Bau befindlichen Häuser sogar um 28,1 Prozent.

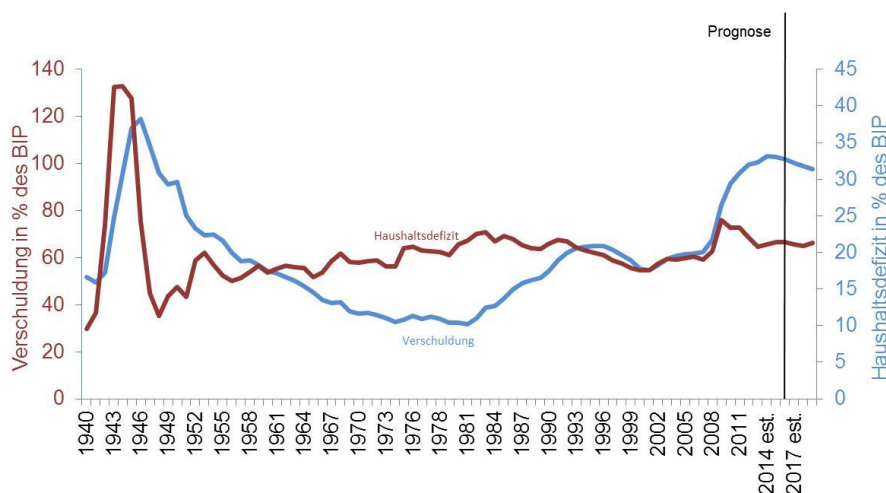
Die Verkaufszahlen für neue Häuser stiegen im vierten Quartal ebenfalls, und zwar um 13,6 Prozent gegenüber Q3 und um 14,1 Prozent gegenüber Q4/2012. Verkäufe bereits existierender Wohneinheiten sanken dagegen um 7,1 Prozent gegenüber Q3/2013 (sie stiegen jedoch um 1,1 Prozent im Vergleich zu Q4/2012) (Anmerkung: die Anzahl der verkauften Wohneinheiten bezieht sich hier lediglich auf Einfamilienhäuser).

Hauspreisindizes wie der S&P/Case Shiller Index oder auch der Index der Federal Housing Finance Agency zeigen, dass Immobilienwerte seit sieben Quartalen gestiegen sind. Beide Indizes zeigen sogar, dass Immobilienpreise während der letzten sieben aufeinanderfolgenden Quartale ununterbrochen gestiegen sind.

Staatsschulden/ Haushaltsdefizit: Das Office of Management and Budget korrigierte seine Schätzung der Staatsschulden für das Haushaltsjahr 2013 nach unten, und zwar von \$ 17,25 Billionen auf \$16,7 Billionen. Mit einem BIP von \$16,6 Billionen betrug die Schuldenquote demnach zum Ende des Haushaltsjahres 2013 100,6 Prozent des BIP. Das Haushaltsdefizit wurde ebenfalls nach unten korrigiert, und zwar von rund \$970 Milliarden bzw. 6 Prozent des BIP auf \$680 Milliarden bzw. 4,1 Prozent des BIP (Schätzung Haushaltsjahr 2013). Es wird nun davon ausgegangen, dass das Haushaltsdefizit bis 2018 stetig schrumpft bis auf \$413 Milliarden bzw. 1,9 Prozent des BIP im Haushaltsjahr 2018. Für 2019 wird dagegen erwartet, dass das Defizit wieder leicht steigt, und zwar auf 2,3 Prozent des BIP.

Gleichzeitig wird erwartet, dass die Schuldenquote im kommenden Jahr den Rekordwert von 103,2 Prozent des BIP erreicht und in den Jahren darauf langsam abnimmt. Momentan wird geschätzt, dass sie bis 2018 auf 98,8 Prozent und bis 2019 auf 97,6 Prozent sinkt.

Haushaltsdefizit und Verschuldung



Quelle: Office of Management and Budget, *Historical Tables: Table 1.2 und 7.1*, via www.whitehouse.gov/omb/budget/historicals.

Handel: Das US-Außenhandelsdefizit (Güter und Dienstleistungen) schrumpfte zwischen Q3 und Q4/2013 laut dem BEA von \$121,5 Milliarden auf \$113,9 Milliarden. Die Exporte stiegen um \$10,4 Milliarden, während die Importe ebenfalls stiegen, jedoch lediglich um \$2,8 Milliarden. Die neuesten Monatsdaten sind derzeit für den März erhältlich: zwischen Februar und März schrumpfte das Außenhandelsdefizit von \$ 41,9 Milliarden auf \$40,4 Milliarden.

Das gesamte Leistungsbilanzdefizit (Handel mit Gütern und Dienstleistungen, Einkommen sowie unilaterale Transferzahlungen) schrumpfte zwischen dem dritten und vierten Quartal 2013: von \$96,4 Milliarden (2,3 Prozent des BIP) auf \$81,1 Milliarden (1,9 Prozent des BIP). Die Gründe dafür waren das gesunkene Außenhandelsdefizit, ein Anstieg der Einkommensüberschüsse sowie ein Rückgang der Nettoabflüsse unilateraler Transferzahlungen.

Politische Lage

Midterm Elections im November 2014

Die Demokraten hatten gehofft, dass die Erholung der US-Wirtschaft und die Umsetzung des *Affordable Care Acts* (US-Gesundheitsreform) ausreichen könnten, um ihre Chancen bei den US-Zwischenwahlen im November zu verbessern. Jedoch gibt es laut einer landesweiten Umfrage, die von USA Today und dem Pew Research Center Anfang Mai durchgeführt wurde, derzeit einen Trend hin zu republikanischen Kandidaten. Dies ist die stärkste Zustimmung für die Republikaner in einem Zwischenwahljahr seit zwei Jahrzehnten. Derweil rücken die Wahlen im November näher und es ist nicht mit größeren gesetzgeberischen Initiativen zu rechnen.

US-Haushalt

Der von der Obama-Administration eingebrachte Haushaltsplan für 2015 (FY2015 Budget) hält sich an die Vorgaben aus dem Haushaltsgesetz. Einzelne Teile des FY2015 Budget – die schon ab Oktober gelten sollen – sind bereits abgeschlossen. Das Meiste aber steht noch aus. Unterdessen ist man im Kongress zunehmend skeptisch, ob es vor dem anstehenden Wahlkampf gelingen wird, das Budget für 2015 komplett fertigzustellen. Sollte das nicht der Fall sein, müssten Teile des Haushalts ab Oktober über eine vorläufige Fortführung der bestehenden Haushaltsregeln (Übergangshaushalt) finanziert werden. Im Februar 2015 müsste der Kongress dann über die Haushalte 2015 und 2016 gleichzeitig entscheiden. Das zuständige Amt für die Verwaltung der Haushaltsmittel (Office of Management and Budget, OMB) im Weißen Haus hat die Chefs aller US-Behörden angewiesen, ihre frei verfügbaren Mittel im Haushaltsjahr 2016 um zwei Prozent zu reduzieren. Auf diese Weise sollen Mittel für Investitionen in Schwerpunktbereichen der Administration freigemacht werden.

Geldpolitik

Im April diskutierte der Vorstand der Federal Reserve Bank die Basis für einen Rückzug aus der lockeren Geldpolitik. Kern der Beratungen waren Mechanismen zur Kontrolle der Zinsentwicklung, während der Kapitalfluss zurückgefahren wird. Obwohl keine konkreten Entscheidungen getroffen wurden, ist die Tatsache, dass die Fed einen solchen Mechanismus diskutiert, ein weiteres Signal, dass die Ära der Niedrigzinsen und verstärkten Käufe von Schuldverschreibungen langsam zum Ende kommt. Die nächste (politische) Sitzung der Fed wird im Juni stattfinden.

Zuwanderungsreform

Im Juni 2013 verabschiedete der Senat ein umfassendes Zuwanderungsgesetz; die Chancen, dass eine Zuwanderungsreform vor der Zwischenwahl beschlossen wird, sind jedoch sehr gering. Im Mai gab es einen wichtigen Vorstoß von Präsident Obama und Demokraten im Senat, in der Hoffnung, den Druck auf den Sprecher im Repräsentantenhaus, John Boehner, zu erhöhen, doch noch eine Abstimmung vor der Sommerpause zu ermöglichen. Mit weniger als drei Dutzend Sitzungstagen vor der Sommerpause des Kongresses ist der Zeitrahmen für die Einwanderungsreform enorm eng. Auch die mangelnde Bereitschaft derzeit ernsthaft über Einwanderung zu diskutieren, macht weitere Entwicklungen im laufenden Jahr unwahrscheinlich.

NSA

Die Bemühungen um ein „No-Spy-Abkommen“ zwischen Deutschland und den USA sind endgültig gescheitert. Kurz vor dem Besuch der Kanzlerin bei Präsident Obama in Washington hat das Weiße Haus noch einmal bekräftigt, dass die Vereinigten Staaten mit keinem Staat ein solches Abkommen haben, nicht einmal mit den engsten Verbündeten GB, Kanada, Australien und Neuseeland. Mit diesen Staaten wurde ein Spionagenetzwerk vereinbart (Five Eyes). Jedoch hat Obama während der Reise der Kanzlerin einen Cyber-Dialog angekündigt, den er etablieren möchte, um sicherzustellen, dass es künftig zwischen beiden Ländern mehr Transparenz und Klarheit gibt. Dieser wird erstmals Ende Juni in Berlin stattfinden.

TPP und TTIP

Die USA verhandeln derzeit über zwei große Freihandelsabkommen: Die TPP mit elf Pazifikanrainern (ohne China) und TTIP mit der EU. Neueste Ergebnisse bezüglich TPP gab es nach einem zweitägigen Treffen der Handelsminister in Singapur Mitte Mai. Während die TPP-Gespräche zwar insgesamt weiterhin Fortschritte machen, sind viele skeptisch, dass das Abkommen bis Ende 2014 abgeschlossen werden kann, da kaum Einigungen bei mehreren noch sehr umstrittenen Themen wie geistiges Eigentum und Staatsunternehmen in Sicht sind. Die TTIP-Verhandlungen wurden Mitte Mai in Arlington, Virginia, mit der fünften Runde fortgesetzt. Die sechste Verhandlungsrunde ist für Juli in Brüssel geplant. Um den Abschluss beider Abkommen zu erleichtern, hat die US-Administration den Kongress aufgefordert, Obama das Handelsmandat (Trade Promotion Authority, TPA) zu erteilen. Anfang des Jahres wurde ein erster Gesetzesvorschlag zu TPA im Kongress eingereicht. Der Kongress ist jedoch weiterhin uneins, was den Inhalt und die Erteilung des Handelsmandats betrifft. Mittlerweile kann nicht mehr damit gerechnet werden, dass das Gesetz noch vor den Wahlen im Herbst weiter vorangebracht wird.

Russland und Ukraine

Nach der russischen Annexion der Krim haben die Vereinigten Staaten ein neues Sanktionsregime gegen Russland erlassen, um zu verhindern, dass Russland weitere ukrainische Gebiete besetzt. Die erste Runde von US-amerikanischen Sanktionen richtete sich gezielt gegen Individuen, welche laut der US-Administration für die Krim-Krise verantwortlich sind. Die Sanktionen beinhalteten Einreiseverbote sowie das Einfrieren von Konten in den USA. Die zweite Runde von Sanktionen, welche Ende April beschlossen wurde, erweiterte die Liste dieser Individuen. Die Sanktionen sind speziell gegen 30 russische Regierungsbeamte und Geschäftsleute sowie gegen einige ihrer Firmen gerichtet. Die zweite Sanktionsrunde beinhaltete außerdem die Aussetzung von US-Technologieexporten nach Russland, sofern diese Technologien zu militärischen Zwecken verwendet werden könnten. Als Reaktion auf die jüngsten Sanktionen kündigte Russland an, den Vereinigten Staaten die Nutzung russischer Raketentriebwerke für militärische Satellitenstarts zu verwehren. Auch wurde der Antrag der USA, die Nutzung der Internationalen Raumstation über 2020 hinaus zu verlängern, abgelehnt.

Die Effektivität des Sanktionsregimes ist umstritten. Das Weiße Haus argumentiert, dass die Sanktionen deutliche Auswirkungen auf Russlands Wirtschaft haben; Beobachter glauben jedoch, dass sie bisher eher psychologisch als wirtschaftlich wirken.

Ausblick

Die wirtschaftliche Lage hat sich weiter verbessert. Im April gewann die US-Wirtschaft 288.000 Arbeitsplätze – die größte Zahl innerhalb der letzten zweiinhalb Jahre – und die Arbeitslosenquote sank auf 6,3 Prozent. Der IWF erwartet ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent im Jahr 2014. Dennoch haben sich die Erwartungen der Amerikaner an die wirtschaftliche Entwicklung laut einer Anfang Mai veröffentlichten Studie von Bloomberg auf ein Sieben-Monats-Tief verschlechtert. Die Skepsis der Befragten ist laut Bloomberg unter anderem auf gestiegene Zinsen und Gaspreise sowie gesunkene Kapitalgewinne zurückzuführen.

Aufgrund der im November anstehenden Kongresswahlen sind in den kommenden Monaten keine signifikanten politischen Initiativen mehr zu erwarten. Über den Sommer werden die Mitglieder des Kongresses in ihre Heimatbezirke zurückkehren, um dort Wahlkampf zu machen.